



Ausgabe 7/2015

■ Nachrichtendienste: Klare Regeln und effektive Kontrolle

Seite 2

■ Mehr Transparenz und fairer Wettbewerb bei Hotelbuchungen im Internet

Seite 3

■ Ausbau der Kindertagesbetreuung für Unterdreijährige geht voran

Seite 4

■ Bürgergespräche

Seite 5

■ Fraktion vor Ort: Sterbehilfe – Eine Frage der Moral?

Seite 6

■ Termine im Wahlkreis

Seite 8

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

auch wenn in den letzten zwei Wochen keine Sitzungen des Deutschen Bundestages stattgefunden haben, gibt es wieder einiges aus Berlin zu berichten.

So sind der Umgang mit und die Regeln für die Nachrichtendienste Themen, welche auch außerhalb der Sitzungszeit rege diskutiert werden. Weiterhin möchte ich Euch über Neuigkeiten aus dem Tourismusausschuss berichten sowie über den Fortschritt des Ausbaus der Kinderbetreuung für Unterdreijährige informieren.

Über die große Resonanz auf meine ‚Bürgergespräche‘ im ersten Halbjahr dieses Jahres habe ich mich sehr gefreut. Die Termine für das zweite Halbjahr 2015 findet Ihr in diesem Newsletter oder auch auf meiner Homepage. Ich freue mich schon jetzt auf viele weitere informative Diskussionen.

Des Weiteren möchte ich Euch auf eine Fraktion vor Ort-Veranstaltung am 27. Juni 2015 um 11 Uhr im Elisabeth-Krankenhaus in Rheydt aufmerksam machen. Gemeinsam mit Bärbel Bas, MdB und dem Ethikkomitee der Städtischen Kliniken werden wir in einer offenen Gesprächsrunde über das Thema „Sterbehilfe – Eine Frage der Moral?“ diskutieren. Ich lade Euch alle herzlich ein vorbeizukommen und Euch an der Diskussion zu beteiligen.

Herzlichst, Eure

Gülistan Yüksel

Weitere Informationen finden Sie auch auf meiner Internetseite:

www.guelistan-yueksel.de



Oder auf Facebook:



Gülistan Yüksel -
Miteinander.
Für Deutschland.



„Nachrichtendienste: Klare Regeln und effektive Kontrolle“

Internationaler Terror verlangt internationale Antworten. Dazu gehört auch die Kooperation mit befreundeten ausländischen Diensten. Sie ist notwendig, um Gefahren für unsere öffentliche Sicherheit rechtzeitig zu erkennen und abzuwehren. Allerdings müssen deutsches Recht und deutsche Interessen stets gewahrt bleiben. Die Auslandsüberwachung bedarf daher eines klaren rechtlichen Rahmens. Rechtsfreie Räume darf es nicht geben! Deshalb muss auch die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zwischen Bündnispartnern verbindlichen Regeln unterliegen: Beiden Seiten muss klar sein, was die Geheimdienste im Land des anderen jeweils dürfen – und was nicht.

Der Bundesnachrichtendienst muss sich an Recht und Gesetz halten. Wirtschaftsspionage und das Ausspähen unserer europäischen Partner ist auf keinen Fall zulässig. Nach Abschluss der Untersuchungen wird eine Revision des BND-Gesetzes unabdingbar sein. Die gesetzlichen Grundlagen stammen noch aus dem analogen Zeitalter und sind heute völlig unzureichend. Außerdem muss die Forderung nach effektiver parlamentarischer Kontrolle endlich umgesetzt werden.



Wir brauchen funktionsfähige Nachrichtendienste, die einer effektiven parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Deshalb müssen nun zügig alle Fakten auf den Tisch. Denn nur mit einer umfassenden Sachaufklärung können wir Lücken in der Gesetzgebung sowie bei der Ausstattung unserer Nachrichtendienste schließen. Niemand verlangt eine öffentliche Präsentation sensibler Daten. Aber der Deutsche Bundestag muss in einer geeigneten Weise, die Geheimschutz sicherstellt und Aufklärung möglich macht, über die Selektoren (Suchmerkmale) der NSA informiert werden. Das ist das gute Recht des Parlaments und notwendig, um seine Pflicht als Kontrollorgan der Regierung effektiv ausüben zu können. Die Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten zur Einsicht in die so genannte Selektorenliste halte ich dabei für einen gangbaren Weg.

Mit Sicherheit handelt es sich um ein Thema, das mich in meiner parlamentarischen Arbeit noch längere Zeit begleiten wird und über das ich an dieser Stelle regelmäßig berichten werde.

Neues aus dem Ausschuss

„Mehr Transparenz und fairer Wettbewerb bei Hotelbuchungen im Internet“

In einem Fachgespräch mit führenden Buchungs- und Bewertungsportalen, dem Hotelverband Deutschland und dem Bundesverband der Verbraucherzentrale habe ich mich über die Chancen und Risiken der Onlinebuchungen ausgetauscht.

Immer mehr Menschen buchen ihre Reisen und Unterkünfte im Internet. Buchungs-, Bewertungs- und Vergleichsportale von Hotelangeboten im Internet können Reiseinteressierten wertvolle Orientierung, Komfort und Sicherheit im Angebotsdschungel bieten.



Buchungs- und Bewertungsportale ermöglichen nicht nur die einfache und schnelle Buchung eines Hotels, sondern bieten direkt verfügbare Preisvergleiche und Bewertungen anderer Hotelgäste. Kleinen Betrieben kann es mit Hilfe der Portale gelingen, ihr Hotel im Internet besser und mit deutlich größerer Reichweite zu präsentieren. Welches Hotel aber aus welchen Gründen an der Spitze des Onlinerankings steht, wie sich Provisionszahlungen auf Preise auswirken und wie Bewertungen zustande gekommen sind, bleibt Hotelsuchenden in der Regel verborgen.

Das muss sich ändern. Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen Transparenz darüber, inwiefern das Ranking von Provisionszahlungen der Hotels abhängt und ob die Hotelbewertungen auf manipulierte Einträge geprüft werden. Wer Buchungs- und Bewertungsportale nutzt, muss sich zudem sicher sein können, dass Daten sensibel und vertraulich behandelt werden. Die Portale müssen sicherstellen, dass persönliche Angaben der Buchenden nicht zur Profilbildung verwendet oder verkauft und nur verschlüsselt übertragen werden.

Best-Preis-Klauseln, mit denen Buchungsplattformen Hotels verbieten, Gästen außerhalb des Portals niedrigere Preise anzubieten, verzerren den Wettbewerb zwischen den Buchungsplattformen und gehen meist zu Lasten von Hotels und Gästen. Dass das Bundeskartellamt die Streichung der Klauseln von Buchungsportalen einfordert, ist der richtige Weg zu fairem Wettbewerb. Wir brauchen darüber hinaus EU-weit einheitliche Regelungen, die sich am hohen Verbraucherschutzniveau Deutschlands orientieren.

„Ausbau der Kindertagesbetreuung für Unterdreijährige geht voran“

Die Bundesregierung hat dem Bundestag den fünften Bericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) vorgelegt. Er bilanziert den Ausbau der Kindertagesbetreuung für Unterdreijährige in den vergangenen sieben Jahren.

Seit 2008 ist die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren von 17,6 Prozent auf 32,3 Prozent gestiegen. Dem Bericht zufolge hat sich die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren zwischen 2008 und 2014 um 300.000 erhöht. Im gleichen Zeitraum ist das Pädagogische Personal im Krippenbereich um rund 140.000 Personen angewachsen. Allerdings steigt auch der Betreuungsbedarf weiter an. Der Bericht zeigt damit, welche enorme Dynamik der Rechtsanspruch in der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ausgelöst hat.

Dem Bericht zufolge ging der rasante Betreuungsausbau nicht zu Lasten der Qualität: Sowohl Personalschlüssel als auch Gruppengrößen blieben über die Jahre hinweg konstant. Kindertagespflegepersonen sind zunehmend besser qualifiziert.



Trotz aller Erfolge bleiben große Baustellen. Es fehlen deutschlandweit noch immer rund 180.000 Plätze für Unterdreijährige. Außerdem gibt es Regionen, in denen nicht alle offenen Erzieher/-innenstellen zeitnah besetzt werden können. Erzieherinnen und Erzieher sind zudem mit der Anerkennung ihrer Arbeit und der Vergütung überwiegend unzufrieden. Kitas werden immer mehr zu einer Bildungsinstitution. Das hat Auswirkungen auf die Arbeit, die in den letzten Jahren noch deutlich anspruchsvoll und verantwortungsvoller geworden ist. Deshalb verdienen Erzieherinnen und Erzieher, und auch Tagesmütter und -väter, mehr Anerkennung und eine bessere Entlohnung.

Der Bund investiert in dieser Legislaturperiode rund 750 Millionen Euro zusätzlich in Krippen und Kitas - um den Versorgungslücken zu begegnen und die Qualität der Kinderbetreuung zu verbessern. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Weitere Anstrengungen müssen folgen. Auf der Prioritätenliste ganz oben stehen insbesondere die Verbesserung des Personalschlüssels in Kitas und der Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher.

„Neue Termine Bürgergespräche“

Ich freue mich, dass die in diesem Jahr eingeführten Bürgergespräche so großen Anklang gefunden haben und ich mich in vielen persönlichen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern austauschen konnte. Daher möchte ich auch im zweiten Halbjahr wieder Termine anbieten, an denen jede Bürgerin und jeder Bürger ihrem Anliegen an mich herantreten kann.

Für das zweite Halbjahr 2015 lade ich zu folgenden Terminen jeweils von 16:00 bis 17:30 Uhr in das SPD-Parteihaus in der Brucknerallee 126 ein:

- Dienstag, 20. Oktober 2015
- Dienstag, 17. November 2015
- Dienstag, 08. Dezember 2015

Um Wartezeiten zu vermeiden, möchte ich Euch darum bitten, Euer Kommen vorab bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anzumelden. Dies könnt Ihr entweder direkt auf meiner Homepage oder per E-Mail unter guelistan.yueksel.ma03@bundestag.de.

Ebenso möchte ich Euch bitten, mir kurz das Thema mitzuteilen, über das Ihr mit mir sprechen möchtet und auch eure Kontaktdaten nicht zu vergessen.

Ich freue mich auf Euer Kommen und auf informative Gespräche.



"Bürgergespräche 2015"

„Fraktion vor Ort: Sterbehilfe – Eine Frage der Moral?“

Wenn ein Mensch todkrank ist, Schmerzen hat, verzweifelt ist, sollte er dann Hilfe zum Sterben bekommen, wenn er dies wünscht? In dieser Frage ist unsere Gesellschaft gespalten, geht sie doch einher mit Ängsten, Unsicherheiten und ethischen Bedenken.

Um mit Experten sowie Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema zu diskutieren, organisiere ich eine Diskussionsveranstaltung im Elisabeth-Krankenhaus Rheydt am Samstag,

27. Juni 2015 um 11 Uhr,

zu der ich Euch alle herzlich einlade. Zu dieser gesellschaftspolitisch sehr bedeutenden und äußerst emotionalen Thematik wird die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Ältestenrat, Bärbel Bas, MdB einen einführenden Vortrag halten. Im Anschluss folgt eine offene Diskussionsrunde mit Herrn Dr. Röpcke, Chefarzt der Anästhesie und der operativen Intensiv-Medizin im Elisabeth-Krankenhaus. Er wird aus seinen Praxiserfahrungen berichten. Mit Herrn Esser, Patientenvertreter und Mitglied des Ethikkomitees der Städtischen Kliniken in Mönchengladbach, werden die unterschiedlichen Gedankengänge in der Ethik eingehender betrachtet.

Das Thema Sterbehilfe wird in unserer Gesellschaft kontrovers debattiert. Es gibt Menschen, die der Meinung sind, Ärzten sollte unter strengen Voraussetzungen das Bereitstellen von Sterbehilfe erlaubt sein.

Andere sind der Meinung, die Gesetze sollten so bestehen bleiben, wie sie sind. Die aktuelle Rechtslage verbietet die aktive Sterbehilfe, also die Tötung auf Verlangen. Eine Lockerung dieser Vorgaben führe womöglich zur Freigabe einer aktiven Sterbehilfe.



Viele deuten auch auf die Gefahr hin, dass todkranke Menschen Sterbehilfe annehmen könnten, weil sie sich einem moralischen Druck ausgesetzt fühlen, welcher durch die extreme Belastung der Angehörigen aufgrund einer intensiven Pflege entstehen könnte. Denn mit „Ich möchte nicht mehr leben“ kann auch gemeint sein: „Ich möchte so nicht mehr leben“.

Es sind Fragen, die uns alle etwas angehen. Sollen Gesetze zur Sterbehilfe liberalisiert werden oder reichen die bisherigen Regeln aus? Sollen Organisationen, die beim Sterben helfen, verboten werden? Wie kann man Rechtssicherheit für Ärzte schaffen, die Sterbende begleiten? Wie kann die Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland verbessert werden?

Die Diskussionen gehen quer durch alle Gesellschaftsschichten, ebenso durch alle Parteien und Bundestagsfraktionen. Der Deutsche Bundestag ist Ende vergangenen Jahres mit einer ersten Debatte in die Thematik eingestiegen.

Daher wollen wir in einem offenen Dialog mit Experten, Betroffenen und natürlich vor allem mit Euch diskutieren. Zu dieser Diskussionsrunde lade ich Euch herzlich ein, Euch mit Fragen und Anmerkungen an unsere Experten zu wenden. Ich freue mich auf eine informative Veranstaltung!





„Termine im Wahlkreis“

Aushändigung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland durch unsere Ministerpräsidentin des Landes NRW Hannelore Kraft an Herrn Dr. Ralf Seidel.



Spatenstich für das neue evangelische Gemeindehaus an der Wilhelm-Strauß-Straße



Familienfest der Lokalen Bündnisse am Kapuzinerplatz



Schützenfest in Geistenbeck



25 Jahre Multikulturelle Kindertagesstätte (MUKI) in der Gartenstraße



8. Kinderfest in Giesenkirchen mit unserem Landtagsabgeordneten Hans-Willi Körfges und Oliver Büschgens, Ortsvereinsvorsitzender der SPD-Giesenkirchen



Verleihung des 14. "Young Women in Public Affairs Awards" des Zonta Club Mönchengladbach II im Hugo-Junkers-Gymnasium an Eva Croon



Impressum

V.i.S.d.P.: Gülistan Yüksel, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel: 030 / 227 73553

guelistan.yueksel@bundestag.de | www.guelistan-yueksel.de

© 2015 | Gülistan Yüksel MdB

Redaktion und Layout: Tobias Paszek | Redaktionelle Mitarbeit: Judith Aßmann, Edip Uzun

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, möchten wir Sie bitten, uns Ihre Newsletter-Abmeldung per E-Mail mitzuteilen. Anschließend wird Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht.